

Absender

**Fachbereich 7-36
Umweltschutz**

Drucksachen-Nr.

0296/2019/1

öffentlich

Antrag

der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2019, des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019, des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019 und des Rats der Stadt Bergisch Gladbach am 08.10.2019

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019
(eingegangen am 04.06.2019): "Klimanotstand"**

Mit Schreiben vom 07.06.2019 beantragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:

Die Stadt Bergisch Gladbach unterstützt die Resolution des Climate Emergency („Klimanotstand“). Die Stadt Bergisch Gladbach erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert von der Bundesregierung, ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.
- Die Stadt Bergisch Gladbach wird umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.“

Der Antrag wurde in der Sitzung des Rates am 09.07.2019 (Drucksachen-Nr. 0296/2019) in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr, den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss sowie den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vor einer abschließenden Beschlussfassung überwiesen und ist der Vorlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Bergisch Gladbach stellt mit ihren lokal spezifischen Bedingungen lediglich einen kleinen Teilbereich im gesamten Klimageschehen dar. Eine solche Initiative auf kommunaler Ebene lässt einen großen Eingriff in die Klimaproblematik sicherlich nicht zu, ein lokaler Ansatz sorgt aber bestimmt für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der in der Stadt lebenden Bürgern und Bürgerinnen.

Insofern wird auf die Ausführungen zum Antrag der SPD-Fraktion (TOP Ö 16.4) für die Erarbeitung eines lokalen Klimaschutzkonzeptes verwiesen. Zudem muss auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass derzeit keine personellen Kapazitäten zur Verfügung stehen, um die unter Spiegelstrich 3 geforderten Berichtspflichten erfüllen zu können.

Ein Beschlussvorschlag ergibt sich sodann aus der weiteren Diskussion im Ausschuss (AUKIV).